



BUNDESTAGSWAHL

Stoiber: Wir machen harte, konstruktive Opposition

„Die Union ist die Gewinnerin der Bundestagswahl“, erklärte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber nach der Bundesvorstandssitzung der CDU am 23. September in Berlin. Während die SPD 2,4 Prozent verloren habe, hätten

CDU und CSU zusammen 3,4 Prozent hinzugewinnen können. Damit habe die Union erstmals seit 1983 bei einer Bundestagswahl wieder zugelegt: „Der Abwärts-trend wurde unterbrochen“, kräftigte Stoiber. Von nun an bewege sich die Union

Fortsetzung Seite 2

INHALT

CDU / CSU

Opposition von heute ist die Regierung von morgen. Angela Merkel mit 92,2 % zur neuen Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gewählt

SEITE 4

DOKUMENTATION:

Bundestagswahl und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Die vorläufigen amtlichen Endergebnisse

INNENTEIL

■ Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: Keine Leerformeln! Wir erwarten von Rot-Grün konkrete Aussagen (Seite 5) ■ Jochen Borchert zum Thema Religionsunterricht: Berlin bricht die Vereinbarung mit den Kirchen (Seite 6) ■ Arbeitsmarktpolitik: Mit Pilotprojekten „Hessen OFFENSIV“ will Sozialministerin Silke Lautenschläger Teile des OFFENSIV-Gesetzes vorziehen (Seite 7–9) ■ Kreisverband Vechta mit neuer Portallösung im Internet (Seite 7–8) ■ Aufgelesen. Pressekommentare zur Bundestagswahl am 22. September: Die Wähler konnten sich nicht richtig entscheiden / SPD und FDP haben ihr Wahlziel verfehlt / Union stark durch große Geschlossenheit / Sieg der Kompetenz über das Schauspiel / Schröders Kalkül war durchsichtig und hat Schaden angerichtet / Jetzt muss angepackt werden (Seite 10–11)

IMPRESSUM



Edmund Stoiber: Ein strategischer Erfolg

Fortsetzung von Seite 1
wieder auf gleicher Augenhöhe mit der SPD.

Ausdrücklich dankte der Ministerpräsident der Parteivorsitzenden Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer für ihre „vorzügliche Zusammenarbeit und die hervorragende Organisation des Bundestagswahlkampfes“. Zwar sei deutlich geworden, dass die Union über geringere Ressourcen verfüge als der politische Gegner. Mit dem „besonderen Einsatz und der hohen Mobilisierung ihrer Anhänger“ hätten die beiden Schwesternparteien diesen Vorteil der SPD jedoch wieder wettgemacht.

CDU und CSU inhaltlich und personell geschlossen

Stoiber betonte weiter, die Union gehe als die „entscheidende Formation der politischen Mitte“ gestärkt

aus diesem Wahlkampf hervor. Quer durch alle Schichten hätten CDU und CSU Wähler von ihren besseren Konzepten überzeugen können. Der Ministerpräsident führte diesen „strategischen Erfolg“ vor allem auf die „hohe inhaltliche und personelle Geschlossenheit“ der Schwesternparteien zurück, insbesondere jedoch auf das gute Verhältnis der beiden Parteivorsitzenden.

Deutschland vor einem bitteren Winter

„Wir müssen festhalten“, unterstrich Edmund Stoiber, „dass wir auf die richtigen Themen gesetzt und einen sachorientierten Wahlkampf geführt haben“. Deutschland stehe vor einer massiven Entlassungswelle. Defätismus und mangelnder Optimismus seien bei der Wirtschaft und im Mittelstand weit verbreitet. Als

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbstellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

„konstruktive Opposition“ werde die Union den Finger weiterhin in diese offene Wunde legen. Stoiber ergänzte: „Wir werden sehen, wie Rot-Grün mit dieser Situation fertig wird.“

Schröder hat mit den Kriegsängsten der Menschen gespielt

Schröder habe seine Wiederwahl einem „Stimmungswahlkampf“ zu verdanken, indem er mit den Kriegsängsten der Menschen gespielt habe. Dadurch habe der Kanzler das Verhältnis zu den USA schwer beschädigt. Inzwischen hätten diese antiamerikanischen Töne die US-Bevölkerung erreicht und würden dort einen „tief greifenden Flurschaden“ anrichten. Abgesehen von der außenpolitischen Isolation Deutschlands berühre dieses vergiftete Klima inzwischen auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA in ganz erheblicher Weise.

In diesem Zusammenhang kündigte Edmund Stoiber an, er werde in den nächsten drei Wochen in die USA reisen, um dort Gespräche mit den Repräsentanten der US-Regierung zu führen. Dabei wolle er den amerikanischen Partnern deutlich machen, dass das,

Aussichten auf Erfolg nur bei Geschlossenheit

Die bayerische CSU, aber auch die CDU mit ihrem ungleich größeren Meinungs- und Interessenpektrum sind in bislang nicht erlebter Einigkeit in den Kampf gezogen. Diese Geschlossenheit, die Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Edmund Stoiber ebenso trägt wie die CDU-Vorsitzende Angela Merkel soll bewahrt bleiben. Eine echte Union aus CSU und CDU – das ist für das Tandem Merkel-Stoiber die Strategie der Zukunft. So wollen sie derinst die Union wieder auf die Berliner Regierungsbänke bringen. Motto:

Nicht mehr getrennt marschieren und nicht mehr getrennt geschlagen werden. Nur in der Geschlossenheit sehen Stoiber und Merkel Erfolgsaussichten. Die Wahl Merkels zur Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ist tragendes Element dieser Strategie. Die Chefin der größeren Unionspartei bekommt mit dem neuen Amt einen gewichtigen Machtzuwachs. Sie führt jetzt nicht nur ihre Partei, sondern auch die gemeinsame Fraktion und hat damit Zugriff auf die Tagespolitik der Union.

Sächsische Zeitung

was im Wahlkampf „übergeschwappt“ sei, nicht die Haltung aller Deutschen sei.

Angela Merkel: Soviel Union wie heute war noch nie

„Die Union ist wieder da“, betonte auch die Parteivorsitzende Angela Merkel nach den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand. Abgesehen von den Landesverbänden Hamburg

und Bremen habe die CDU überall Zugewinne zu verzeichnen – im Osten sowohl wie im Westen. Angela Merkel machte deutlich, dass die Probleme mit dem Wahltag nicht vorbei seien. Die Union werde deshalb „sehr kritisch begleiten, was der Kanzler der ruhigen Hand zu tun gedankt“.

Die Umsetzung allein der Hartz-Vorschläge werde zum Beispiel die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht beseitigen.

UID

ANGELA MERKEL:

Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen

Die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU haben am 24. September die Parteivorsitzende Angela Merkel mit 92,2 Prozent zur Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Bei 232 gültigen Stimmen votierten 214 Parlamentarier für Angela Merkel, 18 stimmten gegen sie.

Nach ihrer Wahl dankte die Parteivorsitzende ihren Vorgängern Friedrich Merz und Wolfgang Schäuble. Ihnen sei es „ganz wesentlich“ gelungen, sagte sie, die Wirtschafts- und Sozialpolitiker der Union wieder zusammenzuführen. Auf dieser Grundlage sei nicht nur das Regierungsprogramm entstanden, sondern auch eine Vielzahl von Parteidagsbeschlüssen. Angela Merkel: „Darauf können wir aufbauen, und darauf werden wir aufbauen.“

Als Schwerpunktthemen der künftigen Arbeit nannte die neu gewählte Fraktionsvorsitzende neben der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik den Umweltschutz und die Menschenrechte. Auf dem Gebiet der Außenpo-

litik müssten die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Mittelpunkt gerückt werden. Bei der EU-Osterweiterung geht es darum, die Kontakte zu den mittel- und osteuropäischen Staaten zu intensivieren.



Foto: dpa

Die Alternativen sichtbar machen, aber keine Blockadepolitik

Weiter kündigte Angela Merkel an, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werde ihre Schlagkraft so nutzen, dass „die Alternativen sichtbar werden“. Blockadepolitik werde es nicht geben.

Edmund Stoiber bekräftigte, dass die Union am vergangenen Sonntag einen „strategischen Erfolg“ erzielt habe, der jetzt gefestigt und ausgebaut werden

müsse. Das gehe nicht ohne eine „Bündelung der Kräfte“: Als Partei- und Fraktionsvorsitzende könne Angela Merkel die Meinungsbildung in der CDU auf der einen und in der Bundestagsfraktion auf der anderen Seite wesentlich besser koordinieren.

Ausdrücklich gratulierte der bayerische Ministerpräsident der CDU-Vorsitzenden zu diesem „großartigen Vertrauensbeweis der Fraktion“. Zugleich dankte er dem bisherigen Amtsinhaber Friedrich Merz für seine „großartige Arbeit“.

UD

PETER GOTZ:

Keine Leerformeln! Wir erwarten von Rot-Grün **konkrete** Aussagen

Anlässlich der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 24. September für die 15. Legislaturperiode erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion zu den Hauptproblemen der Kommunen, die jetzt angepackt werden müssen:

- Runter mit den Kosten für soziale und andere vom Staat übertragene Aufgaben;
- bessere Mitwirkungsrechte an Entscheidungen von Bund und Ländern.

Die Kommunalpolitiker von CDU und CSU fordern SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf:

- Legen Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung Ziele und Maßnahmen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung fest; und zwar keine Leerformeln, sondern konkrete überprüfbare Aussagen.

■ Sorgen Sie für zügige Durchführung der Gemeindefinanzreform. Die Verschleppungstaktik der letzten vier Jahre muss ein Ende haben.

- Erweitern Sie die Reformthemen über Gewerbesteuer und Arbeitslosen- und Sozialhilfe hinaus.
- Die Aufgaben und Zuständigkeitsverteilung auf Bund, Länder und Gemeinden gehören auf den Prüfstand. Die Kommunen brauchen mehr Freiraum für eigene Aufgaben und weniger staatliche und Pflichtaufgaben.
- Machen Sie Schluss mit dem unüberschaubaren Gezwirr von Mischfinanzierungen. Das erschwert Entscheidungen, verschleiert Zuständigkeiten und Verantwortlichkeit. Klare Aufgabenverantwortung und klare Finanzierungsverantwortung – das ist die Devise.
- Sorgen Sie für bessere Mitwirkungsrechte der Kommunen an Entscheidungen von Bund und Ländern: Schluss mit der Aufgabenübertragung an die Kommunen ohne entsprechenden Finanzausgleich. Das Konnektivitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) muss gelten.
- Österreich hat uns mit dem so genannten „Konsultationsmechanismus“ vorgemacht: die Aufgaben- und Kostenspirale bei staatlichen Aufgaben kann auf allen Ebenen aufgehalten werden. Beteiligen Sie die kommunalen Spitzenverbände am Entscheidungsprozess!
- Vertreten Sie die kommunalen Belange auch gegenüber der EU. Beziehen Sie die Kommunen bei den nationalen Gremien zur Vorbereitung der EU-Politik ein.
- Führen Sie die Gewerbesteuerumlage umgehend auf das Niveau vor der Steuerreform aus dem Jahr 2000 zurück. Die Gründe für diesen Griff von Bund und Ländern in die kommunalen Kassen sind weggefallen. Damit muss auch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage sofort rückgängig gemacht werden.
- Sorgen Sie umgehend für eine kommunale Investitionshilfe, damit notwendige Reparaturen an der kommunalen Infrastruktur bezahlt werden können und die örtliche Wirtschaft wieder auf die Beine kommt.
- Bessern Sie umgehend die neuen Gesetze nach, die große Kosten vor allem bei den Gemeinden für neue gesamtstaatliche Aufgaben schaffen.

UD

JOCHEN BORCHERT:

Berlin bricht Vereinbarung mit den Kirchen

Die Senatskulturverwaltung droht den Kirchen mit einer empfindlichen Streichung der Förderung des Religionsunterrichts.

Die Kirchen sollen freiwillig auf 2,5 Millionen Euro verzichten. Dies hieße, dass der Religionsunterricht für 600 Klassen nicht mehr finanziert werden kann. Das Fach Religion soll systematisch ausgetrocknet werden.

Dies stellt einen ungeheuerlichen Bruch der vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Land Berlin und den Kirchen dar.

Der Senat handelt damit gegen alle Erkenntnisse, die in Deutschland aus dem 11. September 2001 gezogen wurden.

Integration und Anerkennung anderer Kulturen sind nur dann möglich, wenn die eigene Kultur, die eigenen Wertvorstellungen vermittelt werden. Dies ist gerade in Berlin nötig!

Mit den Kürzungen im Religionsunterricht haben SPD und PDS auch das Versprechen gebrochen, das sie vor der Abgeordnetenhauswahl gegeben haben: An der Bildung wird nicht gespart.

Im CDU-Kreisverband Marburg-Biedenkopf ist ab 1. November 2002 die Stelle

des Kreisgeschäftsführers / der Kreisgeschäftsführerin

neu zu besetzen.

■ **IHRE AUFGABEN:** Als Geschäftsführer/in sind Sie wichtiger Ansprechpartner / wichtige Ansprechpartnerin für alle Mandatsträger, Mitglieder und politisch interessierte Bürger. Sie arbeiten eng mit dem Kreisvorstand zusammen und übernehmen die Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen, Parteitagen und anderen Parteiveranstaltungen. Zu Ihrem Aufgabenbereich gehört außerdem die Öffentlichkeitsarbeit. Die Führung der Ihnen unterstellten Mitarbeiter rundet das Aufgabengebiet ab.

■ **IHR PROFIL:** Idealerweise verfügen Sie über eine abgeschlossene qualifizierte Berufsausbildung oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium und / oder längere Berufserfahrung in ähnlicher Position. Ihr organisatorisches und kommunikatives Geschick haben Sie bereits bei Ihrer derzeitigen Tätigkeit bzw. im Rahmen Ihres ehrenamtlichen parteipolitischen Engagements beweisen können. Initiative, Flexibilität, Durchsetzungsvermögen und Belastbarkeit zeichnen Sie ebenso aus wie Sensibilität im Umgang mit den unterschiedlichen Parteigremien und den Vertretern der Presse. Ihr Auftreten und Ihre Wirkung auf andere entspricht der besonderen Bedeutung der ausgeschriebenen Position. Sie sind bereit, sich auch außerhalb der normalen Arbeitszeiten zu engagieren. Es ist selbstverständlich, dass Sie die Grundsätze und Leitlinien christdemokratischer Politik vertreten und spätestens mit Übernahme der Position auch Mitglied der CDU werden.

Ihre kompletten Unterlagen schicken Sie bitte unter Nennung Ihrer Gehaltvorstellung möglichst bis Ende Oktober 2002 an:

CDU-Kreisverband Marburg-Biedenkopf, Gisselberger Straße 17, 35037 Marburg, z.Hd. Herrn Kreisvorsitzenden Frank Gotthardt

Mit Pilotprojekten „Hessen-OFFENSIV“ Teile des OFFENSIV-Gesetzes vorziehen

Die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger will auf Grund der katastrophalen Lage am Arbeitsmarkt einen Sonderweg einschlagen und Teile des OFFENSIV-Gesetzes zur Sozialhilfereform, das die Landesregierung vorgelegt hat, vorziehen.

„Hessen wird Teile des im Bundesrat beschlossenen, aber von der rot-grünen Mehrheit des Bundestages seit Monaten blockierten OFFENSIV-Gesetzes auf eigene Kappe in Pilotprojekten beginnen. Der rot-grünen Blockade des Wisconsin-Modells und dem Gezerre um die Hartz-Kommission, die erkennbar nur ein Wahlkampfag sein und von den verpassten Chancen ablenken sollte, wollen



Silke Lautenschläger: Wir werden mit Pilotprojekten beginnen, um Arbeitslosenhilfeempfängern und erwerbslosen Sozialhilfeempfängern wirksame Hilfe anzubieten.

wir nicht länger zusehen“, erklärte die Ministerin. Angesichts der dramatischen Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit, die die neuesten Arbeitsmarktzahlen widerspiegeln, seien Taten und keine langwierigen Diskussionen dringend erforderlich.

Pilot-Job-Center

Im Interesse der Betroffenen dürfe wegen der Blockade von Rot-Grün nicht weitere Zeit verloren werden. „Wir werden mit Pilotprojekten beginnen, um Arbeitslosenhilfeempfängern und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern wirksame Hilfe anzubieten. Es werden Job-Center in angemieteten Räumlichkeiten, in der Arbeitsverwaltung oder in der Sozialverwaltung zum Zwecke der Vermittlung von Arbeitslosen eingerichtet“, teilte Silke Lautenschläger mit. Diese sollen die Zuständigkeit für alle Langzeitarbeitslosen – also Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger – haben, für die erwei-

Kreisverband Vechta mit neuer Portallösung im Internet

In Form eines Pilotprojektes wurde für den Kreisverband Vechta in Zusammenarbeit mit der IS-Steinriede GmbH aus Damme ein bisher einzigartiges Internetkonzept entwickelt und umgesetzt.

„Durch einfache und verteilte Pflege möchten wir stets aktuelle Inhalte bereit-

stellen. Darüber hinaus legen wir einen besonderen Wert auf die Meinungen unserer Besucher. Über Umfragen und durch Kommentare zu Artikeln haben sie die Möglichkeit, ihre Meinung direkt zu äußern“, erklärt Kreisgeschäftsführer Walter Goda über die Fähigkeiten des neuen Internetauftritts. ►

terte Meldekontrollen eingeführt werden. „Wir setzen hierbei auf die Kooperationsbereitschaft der Arbeitsämter und der Kommunen sowie auf unser gemeinsames Ziel, mehr Menschen in Arbeit zu bringen.“

Hessen-Pakt und Hilfe aus einer Hand

Die Ministerin skizzierte die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Job-Center in den Pilotprojekten. Jeder Hilfeempfänger soll nach ihren Vorstellungen mit dem Job-Center eine Eingliederungsvereinbarung – den sogenannten Hessen-Pakt – abschließen, der auch die Sanktionen bei Nichteinhaltung festlegt. Ziel ist eine Intensivierung der Beratungs- und Vermittlungsleistung durch die Erhöhung der Kontaktdichte und die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses Berater-

Hilfesuchender. Hierbei soll die sofortige Unterbreitung von Arbeitsangeboten Vorrang vor anderen Maßnahmen haben. Ist dies nicht möglich, werden Alternativen entwickelt mit der Zielsetzung, dass der Arbeitslose jederzeit an einer auf ihn individuell zugeschnittenen Maßnahme aktivierender Arbeitsförderung teilnimmt. Zeiten reinen Leistungsbezuges ohne Gegenleistung wird es so nicht mehr geben.

Die Job-Center sollen Hilfe aus einer Hand im Sinne des Förderns und Forderns anbieten, also eine ganzheitliche Beratung und Sachbearbeitung durch Verknüpfung mit Angeboten anderer Behörden und Einrichtungen wie Jugendamt, Wohnungsamts etc. vornehmen sowie die Ausbildungsstellenvermittlung und Jugendberufshilfe einbeziehen. Silke Lautenschläger strebt auch an, dass die Job-

Center die von den Arbeitsämtern und der Sozialverwaltung vorgehaltenen Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften nutzen, um schwer vermittelbare Arbeitslose durch Zeitarbeit in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Das von der Landesregierung mit den Zeitarbeitsunternehmen geschlossene Bündnis, das die Beschäftigungserfolge von Zeitarbeit nutzen will, werde im Rahmen dieser Initiative ebenfalls zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit beitragen.

Verschiedene Modelle erproben

Die Ministerin plant die Durchführung mehrerer Pilotprojekte. Über die Durchführung und Rahmenbedingungen werde die Landesregierung mit dem Landesarbeitsamt und den jeweiligen kommunalen Gebietskör-

► Verbände und Vereinigungen verfügen nun über eigene Email-Adressen und eine eigene Internet-Präsentation, die auf einer einheitlichen Datenquelle und einer einheitlichen Darstellung basieren. Informationen, die von einem Verband eingestellt werden, stehen somit allen anderen Verbänden bei Bedarf zur Verfügung.

Jede Präsentation ist somit eigenständig und kann ergänzend Inhalte anderer Ver-

bände einbeziehen. Walter Goda: „Der Arbeitsaufwand durch das neue System hat sich für uns wesentlich verringert. Wenn wir einen Artikel für die Kreisverbands-Seite erstellen, können ihn alle anderen Verbände bei Bedarf übernehmen.“

http:// Sie finden das neue Internetportal des Kreisverbands unter:
www.cdu-vechta.de

Perschaften eine Vereinbarung schließen. „Wir werden verschiedene Modelle erproben, um festzustellen, welche Organisationsform eine optimale Betreuung und Vermittlung in Arbeit ermöglicht. Ebenso wollen wir auf diese Weise den Wettbewerb unter den verschiedenen Trägern verstärken.“ Es werde angestrebt, die Federführung der einzelnen Projekte unterschiedlich zu vergeben (Arbeitsverwaltung, Sozialverwaltung, Dritte). Hierbei soll den örtlichen Akteuren Experimentierspielraum gelassen werden. Entscheidend sei es, den Ist-Stand an Sozial- und Arbeitslosenhilfebeziehern in der Region beim Start, die Kontakte zwischen Betreuer und Hilfeempfänger, die Vermittlungen, den Verbleib im Job und die Kosten zu dokumentieren. Ebenso soll eine Erfolgsorientierung eingebaut werden.

MICHAEL LUTHER wird auch im neuen Bundestag die CDU-Abgeordneten aus Sachsen führen. Auf dem ersten Treffen der neu beziehungsweise wieder gewählten CDU-Bundestagsabgeordneten wurde Luther im Amt des Landesgruppenvorsitzenden bestätigt. Als Stellvertreterin wurde Maria Michalk gewählt. Die CDU Sachsen ist im 15. Deutschen Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten.

Vorreiterrolle für bundesweite Umsetzung

Mit ihrer Initiative will die Ministerin bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe vorgehen und Vorarbeit leisten, „damit die weiteren Elemente des OFFENSIV-Gesetzes schneller verwirklicht werden können“.

Silke Lautenschläger machte deutlich, dass Hessen mit dieser Initiative erheblich über die Mozart-Projekte des Bundes und die Vorschläge der Hartz-Kommission für eine bessere Arbeitsvermittlung hinausgehe. „Was von der Hartz-Kommission als Stein der Weisen verkauft wird, ist im OFFENSIV-Gesetz, das die Hessische Landesregierung bereits im Januar dieses Jahres vorgelegt hat, zum überwiegenden Teil enthalten und liegt somit längst vor – sogar in ausgefeilter Geset-

zesform“. Die Zusammenführung von Arbeitslosen – und Sozialhilfe, eine intensive Betreuung und effektivere Vermittlung der Hilfebedürftigen durch die flächendeckende Einrichtung von Job-Centern, die Verschärfung der Sanktionen und Zumutbarkeitsregelungen, die Stimulierung des Niedriglohnsektors – all dies seien Kernpunkte des hessischen Entwurfs. Sie seien von der Hartz-Kommission kopiert worden, deren Ideen zum Teil noch nicht einmal an die hessischen Vorschläge heranreichten.

Kern des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes ist die intensive Betreuung und Vermittlung der Hilfeempfänger aus einer Hand in Job-Centern. Es schreibt den Vorrang von Beschäftigung vor Geldleistung und die Verpflichtung von erwerbsfähigen Hilfeempfängern zur Arbeit und Qualifizierung vor.

IN SEINEM AMT als kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist **Peter Götz** einstimmig wieder gewählt worden. Götz ist seit 1997 Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU und Mitglied des Bundesvorstands der CDU. ■ Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion ist wie in der letzten Wahlperiode **Annette Widmann-Mauz**.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

Die Wähler konnten sich nicht richtig entscheiden

Was für ein Wahlkrimi: Ein so spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen hat Deutschland bei einer Bundestagswahl seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt. Zwei etwa gleich große Lager stehen sich ohne klare Mehrheit gegenüber. Die Wähler konnten sich nicht richtig entscheiden, ob sie den rot-grünen Regierungsauftrag um weitere vier Jahre verlängern oder den Wechsel mit Union und FDP wagen sollten. Für die SPD ist das Ergebnis eine schwere Schlappe. Auch die überraschenden Gewinne für die Umweltpartei können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die rot-grüne Koalition in den vergangenen vier Jahren ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht wurde. Vor allem Bundeskanzler Schröder hat sein Versprechen, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu senken, nicht eingelöst. Auf diesem zentralen Politikfeld hat er versagt. Die Quittung dafür

erhielt die SPD mit deutlichen Stimmenverlusten. Unionskandidat Edmund Stoiber kann dagegen mit dem Wahlergebnis mehr als zufrieden sein.

Sächsische Zeitung

SPD und FDP haben ihr Wahlziel verfehlt

Der Kanzler und seine Partei verloren überwiegend Stimmen in ihrem Stammlager, bei den Arbeitern und Angestellten. Sicher Ausdruck der schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Und die FDP? Sie hat durch ihren Verzicht auf eine klare Koalitionsaussage und nicht zuletzt durch den Querkopf Möllemann einen eindeutigen Wechsel verhindert.

Badisches Tagblatt

Union stark durch große Geschlossenheit

So lange wurde noch nie gehofft, gebangt und gezittert. Diese Bundestagswahl spiegelte exakt die Teilung der politischen Gruppierungen

in zwei fast gleich starke Lager wider, die das Regieren in Deutschland künftig weiter erschweren werden. Dass die Union wieder so stark wurde, verdankt sie der erstaunlichen Geschlossenheit, zu der Angela Merkel als Vorsitzende der größten Schwesterpartei mit dem Verzicht auf die Kanzlerkandidatur den entscheidenden Beitrag leistete. Ihre Position ist nach diesem Erfolg stärker denn je.

Newe Osnabrücher Zeitung

Sieg der Kompetenz über das Schauspiel

Zwei Gewinner, zwei Verlierer und ein neutralisierter Kanzler. Deutschland taucht aber auch alles bis zur Handlungsunfähigkeit aus. Edmund Stoiber, der erste Gewinner, hat es immerhin vermocht, was ihm kaum einer zugetraut hat: mit seiner Union den Volkstribun Schröder zu schlagen. Dies ist ein Sieg der Kompetenz über das Schauspiel, der Geraidlinigkeit über die Sprunghaftigkeit. Vor allem ist es dem Gespann Stoib-

NEU INPOST KUR

Gründungsjahr 1920
WIRTSCH

ber/Merkel gelungen, die bürgerliche Volkspartei, die vor zwei Jahren am Abgrund stand, wieder an die Spitze zu führen. Ihr gebührt dabei so viel Verdienst wie ihm. Dass Stoiber und Merkel zwar Gewinner, aber keine strahlenden Sieger sind, liegt nur an den Liberalen.

Die Welt

Schröders Kalkül war durchsichtig und hat Schaden angerichtet

An Schröders Wahlergebnis überrascht vor allem das Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag. Dem Medienkanzler, der – wie Willy Brandt von Deutschland sprechend – auch die Marktplätze eroberte, gelang es trotz hohen persönlichen Einsatzes, bemerkenswerter Vereinfachung und schamloser Überziehung des außenpolitischen Kredits Deutschlands nicht, seine eigenen Popularitätswerte auf die Partei zu übertragen und die Kompetenzvermutung in der Wirtschaftspolitik zugunsten der Union abzuschwächen. Schröder beein-

druckte mit seinem dem Beispiel Kohl folgenden patriarchalischen Auftreten vor allem die Ostdeutschen: Die Flutkatastrophe wurde ihm zur perfekten Kulisse. Als dieses Schreckensbild zu verblassen begann, beschwore Schröder ein neues herauf – den Krieg –, um abernals als Beschützer des Vaterlandes erscheinen zu können. Auch im Westen hat Schröder mit diesem Schauspiel für ein paar Wochen die miserable wirtschaftspolitische Bilanz seiner Regierung mit dem Saldo von vier Millionen Arbeitslosen überdecken können. Am Ende ist das Kalkül aber so durchsichtig und der damit angerichtete Schaden nur noch so schlecht zu leugnen gewesen, dass Schröder wieder um sein Amt fürchten musste. Er konnte sich denn auch nicht selbst am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen: Aus der Not errettet worden ist er vom Koaliti-

onspartner. Wie die Union weg der FDP die Wahl verlor, so haben die Grünen, genauer: ihr Frontmann Fischer, die Wahl für die SPD gewonnen.

FAZ

Jetzt muss angepackt werden

Die wichtigste Botschaft lautet: Im deutschen Parlament ist kein Platz für Extremisten. Radikale von links und rechts hat der Wähler trotz dramatisch schlechter Wirtschaftslage in die Bedeutungslosigkeit geschickt. Dieses demokratische Votum verschafft Deutschland Sympathie und Respekt in der Welt. Jetzt muss angepackt werden, was Deutschland am dringendsten braucht:

- Mut zum Handeln statt quälendem Stillstand
- frische Ideen statt einfallsloser Sparlisten
- Optimismus statt Depression.

BildZeitung

ALS 12. BUNDESLAND hat jetzt auch Hessen die 5-jährige Legislaturperiode. Nach einer Volksabstimmung am Sonntag gibt es nur noch 4 Landtage in Deutschland, die für 4 Jahre gewählt werden: Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

Bestell-Nummer: 8196
Preis je **250 Stück: 20,20 €**
inkl. MwSt.: 23,43 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.